

Licê: Dörfer werden zwangsgeräumt, Einwohner ermordet

Die Militäroperation in der Ebene von Licê dauert weiter an. Das türkische Militär ist mit etwa 20.000 Mann vor Ort, beschießt das Gebiet aus der Luft und vom Boden aus. Betroffen sind aktuell vor allem die Dörfer Akçabudak, Arıklı, Baharlar, Bayırlı, Çavundur, Çağdaş, Dölunay, Ergin, Hedik, Kılıçlı, Örtülü, Seydanlı, Ulucak, Yamaçlı, Yalımlı, Yorulmaz, Kayacık, Mezramiho, Sağgöze und deren Umgebung. Die Bevölkerung der Dörfer Dibek, Çağdaş, Cenazur, Yolçatı wurden zwangsvertrieben. In diesen Dörfern hat das Militär Einzug gehalten.

In Hazro, auch ein Landkreis der Provinz Amed, ist das Militär mit Baggern gekommen. Sie haben begonnen Häuser des Dorfes Helhel (Çiftlibahçe) in Brand zu stecken. Sie forderten die BewohnerInnen auf, ihre Häuser zu verlassen, das Gebiet sei „zum

Sicherheitsgebiet erklärt worden“, so die Begründung. Einige BewohnerInnen, die sich weigerten, wurden verhaftet. Die Verbindungen zum Dorf sind unterbrochen.

Eine Gruppe lebender Schutzschilder wurde vergangenen Freitag auf der Hauptstraße zwischen Amed (Diyarbakır) und Cewlig (Bingöl) in Höhe des Dorfes Hedik vom Soldaten aufgegriffen und festgesetzt. Anschließend wurde die 75 Personen zählende Gruppe zur Kaserne verschleppt. Es handelt sich bei ihnen vor allem um Menschen aus dem Umland.

Am Donnerstag wurde eine Gruppe von 20 BewohnerInnen des Dorfes Kerwas von Soldaten gestoppt und gefoltert. Dann begannen die Soldaten, Häuser und Zelte niederzubrennen. Zwei Männer, die das Feuer löschen wollten, wurden vor den Augen

der Bevölkerung zu Tode gefoltert; die Soldaten posierten anschließend mit ihren Füßen auf den Köpfen der Getöteten.

Licê, das weckt Erinnerungen, Erinnerungen an das Jahr 1993. Das Jahr, in dem das türkische Militär in Licê ein Massaker verübte. 16 Menschen fielen ihm zum Opfer, darunter auch 2 Mitglieder des Militärs, ermordet von ihren eigenen Leuten. Im Rahmen des Angriffs auf Licê wurden damals viele Häuser und Arbeitsstätten in Brand gesetzt, hunderte Menschen zwangsvertrieben. Der Prozess kann erst 21 Jahre später wieder in Gang, einen Tag, bevor die Verjährung abgelaufen wäre. Angeklagt ist der damalige Kommandant der Jandarmas und ein weiterer Militär, der inzwischen jedoch verstorben ist. Der Prozess dauert an. (ANF, 25./30.6., ISKU)

Hasan Dutar an Deutschland überstellt

Am 28. Juni wurde der in Deutschland lebende kurdische Politiker Hasan Dutar von Dänemark an die deutsche Justiz überstellt und in die JVA Hamburg-Holstenglacis gebracht.

Er war am 8. Juni aufgrund eines europäischen Haftbefehls, der auf einem Haftbefehl des Oberlandesgerichts Hamburg beruhte, in Kopenhagen fest- und in Auslieferungshaft genommen worden. Ausgerechnet an dem Tag, an dem dort ein Prozess endete, in dem Hasan Dutar freigesprochen wurde.

Er und andere kurdische Aktivisten waren beschuldigt worden, Spenden für den damaligen kurdischen Fernsehsender ROJ-TV gesammelt zu haben, dem unterstellt wurde, Propaganda für die PKK verbreitet zu haben. Der Sender verfügte über eine dänische Sendelizenz. Jahrelang hatte die türkische Regierung massiven Druck auf Dänemark ausgeübt, ROJ-TV diese Lizenz zu entziehen. Die dänischen Behörden weigerten sich jedoch, den Forderungen aus der Türkei nachzukommen.

Erst die Nominierung des damaligen dänischen Ministerpräsidenten Fogh Rasmussen zum NATO-Generalsekretär hatte zu einem Verbot von ROJ-TV geführt. Die türkische Regierung hatte ihre Zustimmung zu seiner

Ernennung von einem Lizenzentzug abhängig gemacht.

Im Dezember 2012 ist Hasan Dutar auf Ersuchen der dänischen Justiz in Zweibrücken festgenommen und im Februar 2013 nach Dänemark überstellt und dort inhaftiert worden.

Das Hauptverfahren gegen elf kurdische Aktivisten begann am 28. August 2013. Zur Prozessbeobachtung reisten Dutar's Vertreter im September aus Deutschland nach Kopenhagen. Hierbei hatten sie auch die Möglichkeit, Hasan Dutar, der sich als einziger Angeklagter in U-Haft befand, zu besuchen. Sie berichteten von erschreckenden Haftbedingungen, entwürdigenden Durchsuchungsmaßnahmen und mangelnder ärztlicher Versorgung ihres unter gesundheitlichen Problemen leidenden Mandanten.

Ihr Besuch habe noch einmal deutlich gemacht, dass die Behörden im politischen Strafrecht „länderübergreifend von ihren umfangreichen Eingriffsbefugnissen Gebrauch machen“, schrieben die Anwälte in ihrem Bericht.

Sie konnten später erreichen, dass ihr Mandant aus der Haft entlassen wurde unter der Bedingung, dass er alle Verhandlungstermine in Kopenhagen wahrnimmt. Das hat Hasan Dutar 3 Jahre lang getan!

• Auf Ersuchen der deutschen Justiz sind in Auslieferungshaft derzeit noch: Cihan I. und Zeki Eroglu in Stockholm, der voraussichtlich in den nächsten Tagen nach Deutschland überstellt wird.

• Vor Staatsschutzsenaten deutscher Oberlandesgerichte laufen derzeit fünf § 129b-Verfahren gegen kurdische Aktivisten.

• Mit Hasan Dutar befinden sich wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland nun 10 Kurden in Ü- bzw. Strafhaft.

AZADİ verurteilt die neue Dimension der Kriminalisierung und strafrechtlichen Verfolgung von politisch aktiven Kurdinnen und Kurden und fordert deren Freilassung, die Einstellung aller Verfahren und die Aufhebung des seit 1993 bestehenden PKK-Betätigungsverbots.

Angesichts des Vernichtungskrieges, den der türkische Despot Recep Tayyip Erdoğan gegen die kurdische Bevölkerung führt, toleriert und unterstützt die Bundesregierung durch ihre Politik diesen verbrecherischen Kurs. Sie muss sich vorwerfen lassen, mitverantwortlich zu sein für Tod, Vertreibung und Zerstörung.

Eine solche Politik braucht Ächtung, Widerstand und Solidarität mit den Betroffenen.

(AZADİ e.V., 29.6.)

Meldungen:

Türkische Armee beschiesst Flüchtlinge aus Rojava

Erneut vermeldet die Nachrichtenagentur ANHA (Hawarnews), dass die türkische Armee Flüchtlinge beschossen hat, die versuchen, die Grenze in die Türkei zu gelangen. So sollen am 28. Juni gegen 17 Uhr Ortszeit zahlreiche Menschen durch das türkische Militär beschossen worden sein, die aus der Region Heşîşa versuchten, in die Türkei zu flüchten. Zahlreiche Menschen sind dabei verletzt worden, mindestens zwei Verletzte befinden sich in einem kritischen Zustand. Augenzeugen berichten, dass viele der Opfer Kinder und Frauen gewesen sind. Einige Verletzte sollen durch türkische Militärs weggeschleift worden. Über ihren Verbleib gibt es keine Informationen. Zwölf Verletzte werden derzeit in den Krankenhäusern Rojawas behandelt.

Die Region Heşîşa liegt rund 35 km östlich von der Stadt Girê Spî (Tall Abyad), die im Juni vergangenen Jahres durch die Einheiten der YPG vom IS befreit worden war. An der Grenze zwischen Rojava und der Türkei kommt es immer wieder zu Angriffen und Provokationen des türkischen Militärs.

Zuletzt berichtete die Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte am 18. Juni, dass das türkische Militär neun syrische Flüchtlinge, darunter vier Kinder, bei dem Versuch, die Grenze zu überqueren, erschossen habe. Allein in diesem Jahr sollen mindestens 60 Flüchtlinge durch türkische Soldaten an der syrisch-türkischen Grenze ermordet worden sein. (CA, 29.6., ISKU)

Verfassungsentwurf für Rojava wurde angenommen

Die Arbeiten an einer Verfassung für Rojava, die Gebiete Nordsyriens schreiben voran. Der „Gründungsrat für ein demokratisch-föderales Nord Syrien“ kam am 27. Juni zu einer zweitägigen Sitzung in Derik zusammen und hat die letzte Lesung des Verfassungsentwurfs vorgenommen. Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Entwurf angenommen. Nur über die Namensgebung konnte noch keine Einigung erzielt werden. Drei Vorschläge stehen zur Wahl. Es wird davon ausgegangen, dass darüber auf der nächsten Sitzung am 27. Juli eine Einigung erzielt werden kann. Der Verfassungsentwurf wird in Kürze an die zuständigen Gremien weitergeleitet und auch in den Medien veröffentlicht.

Anhörung des Mörders von Sakine, Fidan und Leyla verschoben

Die Untersuchungen bezüglich des am 9. Januar 2013 in Paris begangenen dreifachen Mordes an der PKK Gründerin Sakine Cansız, der Pariser Vertreterin des KNK Fidan Doğan, sowie der Aktivistin der kurdischen Jugendbewegung Leyla Şaylemez wurden vergangenes Jahr im Mai für abgeschlossen erklärt, die ausstehenden Anhörungen wurden für den Zeitraum vom 5. bis zum 16. Dezember diesen Jahres angesetzt.

Die KurdInnen in der Diaspora erhofften sich vor allem durch die anstehenden Anhörungen weitere und vor allem positive Entwicklungen in der Aufklärung dieses barbarischen Aktes. Selma Akkaya von der Tageszeitung Yeni Özgür Politika berichtete nun, dass das eingesetzte Songergericht den RechtsanwältInnen mitgeteilt hätte, dass die Anhörungen verschoben würden.

Nachdem die RechtsanwältInnen der Familien und Hinterbliebenen der drei ermordeten

Revolutionärinnen von der Verurteilung hörten, forderten diese eine Begründung durch das Gericht, dieses weigerte sich jedoch auch nur die kleinste Begründung abzuliefern. "Es ist eine Unverschämtheit, dass die RechtsanwältInnen in keinsten Weise darüber informiert werden, dass die Anhörungen verschoben werden sollen oder gar werden.", so einer der AnwältInnen. Die Vorsitzenden RichterInnen gaben darauf eine kurze und knappe Antwort in der sie erklärten: "Wir müssen keine Erklärung oder Begründung abgeben". Die AnwältInnen der Familie gehen derweil von einer politischen Entscheidung aus, erklärten jedoch gleichzeitig, dass sie weiterhin Einspruch einlegen werden und sich über dies hinaus auch mit dem Vorsitzenden Richter zusammensetzen werden.

In der vorherigen Woche hatte Tatverdächtige Ömer Güney das Gericht aus gesundheitlichen Gründen um Haftverschonung während des laufenden Prozesses

gebeten, das Gericht lehnte diese Bitte jedoch ab und begründete, dass zum einen eine akute Fluchtgefahr bestehe und zudem Güneys gesundheitliche Probleme nicht derartiger Natur sind, dass er nicht in einem Gefängnis untergebracht werden könnte. Außerdem sei er der Beschuldigte in einem Prozess, der im öffentlichen Interesse laufe und dies verhindere zusätzlich eine Annahme seines Gesuches.

Gerade in Anbetracht einer solchen Entscheidung ist mit besonderem Augenmerk der neuerliche Entwicklung des französischen Rechtssystems zu betrachten, in der die vorgesehenen Anhörungen im Dezember verschoben werden. Sowohl der Widerspruch, als auch das persönliche Treffen der AnwältInnen mit dem Vorsitzenden Richter wird in den kommenden Tagen veröffentlicht, aber bereits jetzt steht für viele fest, dass die Verurteilung eine durch und durch politische Motivation hat.

(ANF, 29.6., ISKU)

Wegen Kriegsverbrechen: Anwältinnen, Abgeordnete und Künstler wollen in Deutschland ein Strafverfahren gegen den türkischen Staatspräsidenten

Erdogan angezeigt

Seit mehreren Monaten führt die Regierung in Ankara Krieg gegen Dutzende kurdische Städte und Dörfer im Südosten der Türkei. Gegen Wohngebiete werden Panzer, Artillerie und die Luftwaffe eingesetzt. Hunderte Zivilisten starben, in Cizre und Diyarbakir-Sur verübten »Sicherheitskräfte« Massaker an unbewaffneten Menschen.

Weil die Verantwortlichen für diese Verbrechen in der Türkei nicht zur Rechenschaft gezogen werden, haben die Hamburger Rechtsanwältinnen Britta Eder und Petra Dervishaj nun der Bundesanwaltschaft eine 207 Seiten starke Anzeige gegen den Staatspräsidenten der Türkei, Recep Tayyip Erdogan, sowie weitere hochrangige Politiker und Militärs zur Prüfung übergeben. Juristische Grundlage sei das Weltrechtsprinzip im Völkerstrafgesetzbuch, erklärten die Anwältinnen am Montag in Berlin. »Zweck dieses Prinzips ist, die Straflosigkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern, unabhängig davon, wo der Tatort liegt.« Allein in Cizre seien während einer Ausgangssperre von Dezember bis März mindestens 178 Menschen getötet worden, die in Kellerräumen Schutz vor den Angriffen des Militärs gesucht hatten.

Eder und Dervishaj handeln im Namen von Dutzenden zivilgesellschaftlichen Organisationen, Bundestags- und Landtagsabgeordneten, Künstlern und Intellektuellen, darunter die Holocaust-Überlebende Esther Bejarano, der Komponist Konstantin Wecker und der Schauspieler Rolf Becker. Als Geschädigte treten der Abgeordnete der prokurdischen Oppositionspartei HDP Faysal Sariyildiz und zwei Angehörige von Opfern der Massaker, Serdar Erdin und Hasan Demirkaya, auf.

Während einer Pressekonferenz zur Vorstellung der Anzeige schilderte Faysal Sariyildiz die bisherigen Erkenntnisse zu den gezielten Tötungen von Zivilisten in der Kreisstadt Cizre: »Ich spreche hier von Menschen, die bei lebendigem Leibe vor den Augen der Weltöffentlichkeit in Kellern verbrannt wurden. Es waren keine Menschen, die im Kampf gefallen sind. Es waren unbewaffnete Journalisten, Künstler, Studierende, AktivistInnen.« In den vergangenen Monaten seien Städte mit über hunderttausend Einwohnern von Polizeitruppen in Schutt und Asche gelegt worden. Er selbst sei Augenzeuge dieser Zerstörung in Cizre geworden, so Sariyildiz: »Die Stadt wurde umstellt und mit Panzern und

Artillerie beschossen.« Personen, die während der Umzingelung Cizres in der Stadt geblieben waren, suchten in Kellergewölben Zuflucht. Dort seien sie gezielt von Spezialeinheiten des türkischen Staates umgebracht worden, denen voll bewusst gewesen sei, dass es sich um unbewaffnete Zivilisten handelte. Ein kommandierender Offizier habe per Funk durchgesagt: »Lasst keinen lebend rauskommen.« Das sei das letzte gewesen, »was wir von den Menschen in den Kellern mitbekommen haben«, erinnerte sich Sariyildiz. Nun versuche der Staat, diese Verbrechen zu vertuschen, so der HDP-Abgeordnete.

Von der Bundesanwaltschaft erhoffe man sich Aufklärung. »Wir können davon ausgehen, dass diese Verbrechen in der Türkei nicht geahndet werden«, erklärte die Rechtsanwältin Petra Dervishaj. Auch vor dem Internationalen Strafgerichtshof sei die Einleitung eines Verfahrens schwierig, da die Türkei das Römische Statut, das die Grundlage der Arbeit dieses Gerichts bildet, nicht unterzeichnet hat. Die Bundesanwaltschaft hat aber bereits nach einer Strafanzeige gegen Erdogan wegen Kriegsverbrechen in den Jahren 2003 bis 2011 nicht ermittelt.

(jW, 28.6., ISKU)

Die Vorschläge zur Namensgebung sind wie folgt:

1-Demokratisch-Föderales System von Rojava Kurdistan ('Rojava Kürdistan'ı Demokratik Federal Sistemi')

2- Demokratisch Föderales System von Rojava-Nord Syrien ('Rojava-Kuzey Suriye Demokratik Federal Sistemi')

3-Demokratisch Föderales System Nord Syriens ('Kuzey Suriye Demokratik Federal Sistemi') (ANF, 29.6., ISKU)

IS Krankenhaus erobert: Türkische Lieferungen gesichert

Die "Kommandant Faysal Abu Leyla Operation" zur Befreiung der Stadt Minbic, sowie der umliegenden Dörfer setzt sich auch am 24. Tag erfolgreich fort. Bisher konnten einige wichtige Stellungen erobert werden, darunter einige Checkpoints des Islamischen Staates (IS). An der westlichen Front konnte vor zwei Tagen zudem ein dreistöckiges Krankenhaus des IS bei der Befreiung des Dorfes Şexbadbaş erobert werden. In den Räumen befinden sich umfangreiche Patientenzimmer, sowie ein bedeutender Vorrat an Medikamenten. Ein Großteil der beschlagnahmten Medikamente und Verpackungen trägt Aufdrucke und Herstellerdaten der pharmazeutischen Firma "Çetin İlaç Sanayi ve Anonim Şirketi", sowie des Großunternehmens Deva Holding. Beide Firmen sind beheimatet in der Türkei und beweisen erneut die Zusammenarbeit dieser mit dem IS. Die Bündniskräfte des Minbicer Militärrats konnten zudem den Wohnort des libanesischen Emirs Emir İsa einnehmen. Dort wurden große Mengen militärischer Ausrüstung, darunter auch Thermalvisiere und Unmengen an IS Munition aufgefunden und ebenfalls beschlagnahmt. Ein Kämpfer der Minbicer Befreiungskräfte, Saleh Muhammed erklärte: "Wie viele hier wissen, bedarf es um den Titel des Emirs zu bekommen, dass diejenige Person mindestens 7 Menschen enthaupten muss."

(ANF, 24.6., ISKU)

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur
CA Civa Azad
jW junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org